

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Baugen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Ulmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Veröffentlichungswelle: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 5.—, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 5.50, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 15.— ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsausdräger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Poltschsch-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. — **Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 8spaltige Grundzeile (Zim. No. 14) oder deren Raum 1.40 Mk. 3tägige Anzeigen 1.— Mk. Im Textteil (Zim. No. 14) 4.— Mk., die 3spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — Wöchentliche Anzeigen die 8spaltige Zeile 2.40 Mk. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 267.

Dienstag, den 15. November 1921.

76. Jahrgang.

Die Wahlen in Sachsen. Bürgerliche Mehrheit in Dresden.

Dresden, 13. November. (Drahtber.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden insgesamt 273 372 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Liste der bürgerlichen Parteien 138 670, auf die Liste der Linken 134 702 Stimmen. Von den bürgerlichen Stimmen entfielen auf die Einheitsliste (Holtz) 112 890 Stimmen (35 Sitze), auf die Liste der Beamten (Ortel) 20 354 Stimmen (6 Sitze) und auf die Angestelltenliste (Schmidt) 5426 Stimmen (ein Sitz). Von den sozialistischen Stimmen entfielen 93 854 Stimmen auf die Mehrheitssozialisten (29 Sitze), 27 434 Stimmen auf die Unabhängigen (8 Sitze) und 16 312 Stimmen auf die Kommunisten (4 Sitze). Das gegenwärtige Stadtverordnetenkollegium, dessen Amtszeit Ende d. J. abläuft, setzt sich wie folgt zusammen: 11 Rechte, 15 freie Gruppe, 15 Demokraten, 39 Sozialdemokraten und 4 Unabhängige.

In Leipzig 37 Sozialdemokraten gegen 34 Bürgerliche.

Leipzig, 13. November. (Drahtber.) Bei den Stadtverordnetenwahlen wurden insgesamt 329 397 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Sozialdemokraten 26 432, die Unabhängigen 114 732, die Wirtschaftsgemeinschaft 134 019, die Demokraten 29 386, die Kommunisten 30 846, die Deutschsozialisten 3922 Stimmen. Danach werden voraussichtlich 24 Sitze erhalten die Sozialdemokraten 5, die Unabhängigen 2, die Wirtschaftsgemeinschaft 28, die Demokraten 6, die Deutschsozialisten keinen Sitz und die Kommunisten 7. Wahlberechtigt waren insgesamt 422 803 Personen. Die Wahlbeteiligung betrug 80 %.

Weitere Ergebnisse.

Ottawa. Bürgerl. 2975 (2684), Soz. 294, U. S. P. 1593 (1757), Komm. 317. Sitze erhalten Bürgerliche 13 (12), Unabhängige 7 (8), Kommunisten 1 (0). Wahlbeteiligung 75 Prozent.

Düsseldorf. Rechtsparteien 6 (4), Demokraten 3 (7), Unabhängige 9 (7) Sitze.

Die Konferenz in Washington.

Die Eröffnungsrede des amerikanischen Präsidenten.

Washington, 12. November. (W. T. B.) Präsident Harding erklärte in seiner Rede bei der Eröffnung der Washingtoner Konferenz, es sei nicht möglich, die Bedeutung einer solchen Konferenz zu unterschätzen. Es sei keine unheimliche Prahlerei und keine Herabsetzung der anderen Nationen, die, obwohl nicht auf der Konferenz vertreten, in höchster Achtung gehalten würden, wenn man erwägt, daß die Beschlüsse dieser Konferenz einen außerordentlichen Einfluß auf den gesamten menschlichen Fortschritt, ja sogar auf das Schicksal der Welt haben werden. Es sei nicht eine Konferenz zur Festsetzung von Bedingungen, es sei ein Zusammenkommen aus allen Teilen der Erde, um die Störungen in den internationalen Beziehungen der Nationen auf das kleinste Maß zurückzuführen. Die Welt ist friedliebend und drängt nach Erneuerung, sie hungert und dürstet nach besserem Zusammenleben. Die Menschen sehnen nach Erlösung und stehen nach der Gewißheit dauernden Friedens. In allen Ländern werde die Schuldenlast und die Trostlosigkeit der Zerstörung gleich empfunden. Alle verlangten nach Freiheit und Gerechtigkeit, die eine könne ohne die andere nicht leben und alle Völker müssen sie besitzen. Die Welt taumele in ihren Schulden und wolle ihre Last abgenommen sehen. Angesichts der unermesslichen Kosten eines Krieges und der fortwährenden Rüstungslast verlangen alle einsichtigen Völker wirkliche Beschränkungen der Rüstungen und eine Sicherheit des Friedens.

Präsident Harding fuhr fort, indem er sich an die Delegierten der Konferenz wandte: Die Vereinigten Staaten begrüßen Euch mit ungemessenen Händen. Wir begehren keine Feinde, wir verfolgen keine niedrigen Ziele, wir sehen niemand als Feind an. Wir denken nicht an Eroberungen. Zufrieden mit dem, was wir haben, suchen wir nicht nach

dem, was anderen gehört. Wir wollen mit Euch an dem Tisch internationaler Verständigung und internationalen Wohlwollens sitzen. Kein Volk braucht gedemütigt, kein Volk erniedrigt zu werden. Harding fuhr fort: Den verschiedenartigen Bedürfnissen und besonderen Stellungen muß Rechnung getragen werden. Nichts könne erreicht werden unter Mißachtung nationaler Befürchtungen. Alle müssen nunmehr handeln, um die Ursachen dieser Befürchtungen zu beseitigen. Die Welt könne nicht durch Ränke bestehen. Präsident Harding erklärte: Ich kam nur für die Vereinigten Staaten offiziell sprechen. Unsere 100 Millionen wollen aufrichtig weniger Rüstungen und niemand will Krieg. Wir sind im Dienste der Menschheit zusammengekommen. Ich hoffe auf eine Verständigung über die Bürgschaften des Friedens. Ich hoffe auf geringere Lasten und eine bessere Ordnung, die zur Beruhigung der Welt führt.

Die Ansprache Hughes

Nachdem Harding die Konferenz verlassen hatte, wurde Hughes durch Jurof zum ständigen Vorsitzenden gewählt. Hughes gab der Jurof seinen Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zu einem glücklichen Ergebnis führen werde. Da die Kontrolle über die Rüstungen in der Hauptsache von der als alliierte und assoziierte Hauptmächte bezeichneten Gruppe ausgeht, seien die Einladungen auf die dieser Gruppe angehörenden Mächte beschränkt worden. In der Nacht dieser Mächte stehe es, eine Weltabrüstung durchzuführen. Da jedoch die Interessen anderer Mächte an den Angelegenheiten im fernem Osten deren Teilnahme wünschenswert erscheinen ließen, seien Belgien, China, die Niederlande und Portugal eingeladen worden. Je mehr der wirtschaftliche Fortschritt der Nationen durch die Steigerung der Rüstungen gehemmt werde, um so weniger könnten die Regierungen die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen.

Die Krise der Weltwirtschaft sei zum großen Teil durch das gegenwärtige System übersteigter Rüstungen und die durch die Anhäufung von Kriegsmaterial sich ergebende ständige Gefahr entstanden. Offenbar würde eine weitere Fortdauer dieser Zustände ein Unglück unvermeidlich machen, ein Unglück, dessen Abwehr die Welt ersehne, vor dessen Schrecken jeder denkende Mensch im voraus erschauern müsse.

Namens der amerikanischen Delegation beantragte Hughes,

die Abrüstung zur See.

Hughes Vorschlag rief große Bewegung hervor. Er betonte die Notwendigkeit, mit der Einschränkung der Seerüstungen sofort zu beginnen. Was die Welt brauche, sei sofortiges Handeln. Die Erörterung der Fragen des Stillen Ozeans und des fernsten Ostens solle nicht vorgenommen werden, um eine Verständigung über die Rüstungsbeschränkung nicht zu erschweren oder zu verzögern. In erster Linie schlage die amerikanische Regierung vor, so gleich an die Frage der Abrüstung heranzutreten.

Eine pazifistische Rundgebung in New York.

Frankfurt, 14. November. (Draht.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Arbeiter und Frauen veranstalteten gestern eine eindrucksvolle pazifistische Rundgebung. Die Vorschläge des Staatssekretärs Hughes werden von der amerikanischen Bevölkerung unterstützt.

Eine Entschließung der demokratischen Partei.

Bremen, 14. November. (Draht.) Auf dem demokratischen Parteitag, der zurzeit hier stattfindet, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Deutsche Demokratische Partei ist als eine ausgesprochene republikanische Partei begründet worden. Zweck ihrer Gründung und Inhalt ihres Parteiprogramms ist die Verwirklichung nationaler und republikanischer Politik auf dem Boden der Demokratie. Eine solche Demokratie ist eine Notwendigkeit zur Erhaltung der Einheit des Volkes und zur Wiederaufrichtung des deutschen Vaterlandes. Unter den gegenwärtigen deutschen Parteiverhältnissen ist eine Regierungsbildung auf möglicher breiter Grundlage zur Verwirklichung dieses Zieles erstrebenswert. Der Parteitag bewirkt die gründliche und offene Ausprache für die künftige Politik der Partei und spricht der Reichstagsfraktion das Vertrauen aus.“

Der Vorsitzende stellt fest, daß durch diese Resolution alle anderen überholt oder zurückgezogen worden sind.

Das Loch im Süden.

Von unserem o-Berichterstatter.

Sächsisch-tschechische Grenze, 13. November.

Zu dem Loch im Westen unseres Vaterlandes hat sich nunmehr das Loch im Süden geöffnet. Lang und groß klast es längs der deutsch-tschechischen Grenze, und es scheint, als wolle es von Tag zu Tag größer werden. Wohl gingen von je deutsche Waren auf gesetzlichen wie ungesetzlichen Wegen über die tschechische Grenze hinüber. Aber meist war es so, daß diejenigen, die sie hinübertrugen, gleichzeitig tschechische Waren mit herüber brachten. Ausfuhr und Einfuhr hielten einander im allgemeinen die Waage, und der Grenzverkehr wickelte sich immerhin in gesunden Bahnen ab. Jedemfalls die Zustände, die heute dort herrschen, waren bisher in den Dörfern und Städten diesseits der Grenze unbekannt. Als die tschechische Krone vor etwa 14 Tagen auf 300 und darüber stieg, hörte mit einem Schlage jeglicher Verkehr von Sachsen ins Böhmisches hinüber auf, abgesehen von einigen wenigen Touristen, die sich um Devisen und Baluta nicht kümmerten und erst drüben beim Bezahlen der Zechen im tschechischen Berggasthause gewahrt wurden, daß sich ein Wandel der Dinge vollzogen haben mußte. Um so breiter schwellt der Strom derer an, die von tschechischer Seite nach Sachsen herüber kommen. Wahre Wälder von Menschen bewegen sich zu Zeiten auf den von der Tschechoslowakei nach Sachsen führenden Straßen herüber, und selbst die stillen Waldwege, die im Verborgenen die Grenze kreuzen, sind heute auffallend belebt. Die Eisenbahnverwaltungen, so wohl auf sächsischer wie auf tschechischer Seite, müssen immer wieder Wagen an die Jüge anhängen, aber trotz stärkster Wagenvermehrung kommen bei weitem nicht alle Leute mit fort. Die Abteile sind gedrängt voll, selbst auf den Plattformen stehen die Menschen Kopf an Kopf, trotz der winterlichen Kälte. Auf den Grenzbahnhöfen herrscht bei Ankunft und Abfahrt der Jüge lebensgefährliches Gedränge. Wer nicht gehen hat, was sich in diesen Wochen in den sächsischen Grenzorten abspielt, kann sich kein richtiges Bild machen.

Am tollsten gestaltete sich der Zustrom von jenseits der Grenze, als dieser Tage in den tschechischen Grenzgemeinden das Gerücht verbreitet wurde, vom 10. November ab werde die sächsische Grenze gänzlich gesperrt werden. Eine mehrere Tage vorher angekündigte scharfe Grenzkontrolle durch die tschechischen Behörden in einzelnen Orten gab diesen Gerüchten Nahrung. Sie waren natürlich übertrieben. Tatsache ist jedoch, daß von genanntem Tage ab von sächsischer Seite strengste Grenzauweispflicht durchgeführt ist. Ausnahmslos wird an den Grenzübergängen zurückgeschickt, wer keinen vollgültigen Grenzauweis besitzt. Wer aber im sächsischen Grenzorte ohne Ausweis betreten wird — denn die Kontrolle wird auch nach Überschreiten der Grenze noch geübt — wird verhaftet und sieht einer strengen Bestrafung entgegen. Es ist strengstens angeordnet worden, daß sich bis zur Aufhebung der verschärften Grenzüberwachung der Verkehr nur auf den Straßen vollzieht, an denen ein Straßenzollamt liegt. Alle Nebenwege, deren Betreten gerade von sächsischer Seite gleich nach Kriegsende in lokalster Weise freigegeben worden war, sind wieder gesperrt. Es stehen zwar keine ständigen Posten an diesen Übergangsstellen, doch werden sie ununterbrochen von Streifenpatrouillen abgegangen, so daß der Übertritt gefährlich ist. Trotz aller Strenge, vollzieht sich die Kontrolle an den Übergangsstellen in der denkbar entgegenkommendsten Art, was besonders betont zu werden verdient, da derartige neue Maßnahmen sonst gern ungerechtfertigte Repressalien auslösen. Wer seine Papiere in Ordnung hat, kann unbeschädigt gehen.

Zu der strengen Ausweiskontrolle hat sich am 10. November ein scharfes Ausfuhrverbot für alle Artikel des 5. Hauptstücks des Zolltarifs, insbesondere für Textilwaren jeder Art, gestellt. Andererseits bleiben nach wie vor Lebensmittel (mit Ausnahme von Brot und Mehl) im Grenzverkehr gegen Lebensmittelfrei.

Die sächsische Grenzwaage ist bedeutend verstärkt worden, damit sie auch imstande ist, das Verbot zu handhaben. Die Zollbeamten haben in den letzten Wochen, besonders seit die Krone über 200 gestiegen ist, täglich bis 1 und 2 Uhr nachts gearbeitet und sogar den Parteienverkehr bis 11 Uhr nachts geführt, da ein Aufschieben der Arbeit auf den nächsten Tag nur noch größere Anstausungen gebracht hätte. Solange man auch zurückdenken mag: es ist noch nie bisher vorgekommen, daß die Leute an den Zollämtern Patrouillen gestanden haben, um dort Waren zu verpacken. Heute stehen sie in langen Reihen und warten geduldig, bis sie abgefertigt werden. Denn sie haben das bestrebende Bewußtsein, wirklich billig gekauft zu haben.